

Ralf Wagner

## **Nicht Griechenland, die EU ist das Problem**

21.03. 2010

Als 1998 vier Kollegen mit Ihrer Klage gegen den Euro vor dem Bundesverfassungsgericht scheiterten, ernteten sie vor allem medialen Spott. „Kleinmut vor dem großen Sprung“ urteilte Robert Leicht in „Die Zeit“. Wohl eher ungewollt verwendete er für die Einführung der Währungsunion die gleichen Worte wie Mao Zedong Ende der fünfziger Jahre für seine Politik des jede ökonomische Realität ignorierenden Wunschdenkens, welche China in ein umfassbares Desaster stürzte

Dass sich auf in einem Markt mit einer gemeinsamen Währung die Produktiveren durchsetzen, ist eine Binsenweisheit. Dass das bei weiterhin existierenden Nationalstaaten zu

Leistungsbilanzunterschieden führen kann, auch. Wer das heute beklagt, wie allen voran die französische Finanzministerin Christine Lagarde<sup>1</sup>, ist entweder tiefbegabt oder hat ganz andere Ziele. Und letzteres ist das eigentliche Problem und nicht der Staatsbankrott Griechenlands. Das Land hat schließlich damit ja einige Erfahrung damit.

Der Euro war wohl doch keine Gemeinschaft von Ländern, welche sich vor allem die Währungsstabilität auf die Fahne geschrieben haben. Was wir derzeit erleben ist geradezu grotesk: Deutschland wird für seine Wettbewerbsfähigkeit kritisiert und soll diese zugunsten anderer in der Eurozone verringern. Gleichzeitig soll aber Deutschland auch die Kosten für die Wettbewerbsverlierer tragen. Dazu wird es, wenn es diesen Ratschlägen folgt, gar nicht mehr in der Lage sein. Was für ein absurder Wahnsinn und vorprogrammierter Abstieg – die Eurozone als selbstkonvergierendes System, in welchem die Leistungsstarken zugunsten der der Leistungsschwachen gedeckelt werden. Erschreckend ist auch, wie die EU mit ihren eigenen Rechtsnormen umgeht. Der Stabilitätspakt zur Währungsunion ist bereits Makulatur. Die No Bail Out – Klausel des EGV, heute AEUV, steht als nächstes zur Disposition. Und die EU-Kommission, eigentlich „Hüterin der Verträge“, stellt sich an die Spitze der Bewegung und fordert die Mitgliedsländer zu Hilfen für Griechenland auf und später will später einen dauerhaften Hilfsfond. Das ist wohl nichts anderes als ein dreister und schlussendlich sogar institutionalisierter Vertragsbruch<sup>2</sup>. Eifriger Mitsstreiter der Kommission ist der Vorsitzende der Euro-Gruppe, der Luxemburger Ministerpräsident Jean-Claude Juncker. Diese Funktion übt er seit 2004 aus und hat natürlich von den griechischen Tricks nichts mitbekommen. Umso entschiedener fordert er heute Solidarität mit den Betrügern von einst – so wie er die Iren aufgefordert hatte, doch erneut für den Lissabon-Vertrag abzustimmen - solange, bis sie dafür sind.

Und was kommt als nächster Schritt? Währungskommissar Rehn hat bereits die Kontrolle über die Finanzen der Mitgliedsstaaten gefordert<sup>3</sup> - natürlich nur um deren Schulden zu senken. Noch vor einem Jahr hatte die Kommission vor allem Deutschland kritisiert, zu wenig (geliehenes) Geld gegen die Krise in Konjunkturprogrammen zu verplempern. Der Chef des HWWI, Straubhaar, geht noch einen Schritt weiter und schlägt sogar eine Europäische Transferunion vor<sup>4</sup> – nichts anderes als einen Daueranreiz schlechter zu sein als die anderen und so Geldzuflüsse zu erlangen.

Zusammengenommen ist die Richtung wohl klar: Die absehbaren Folgen der Währungsunion werden nun genutzt, um die Mitgliedsstaaten auf kaltem Weg weiter zu entmachten, eine Wirtschaftsregierung zu etablieren und die innereuropäische Umverteilung dramatisch auszubauen. Die ausgleichende Wirkung der Wechselkurse wurde mit dem Euro vorschnell abgeschafft und nun soll Staatsversagen mit noch mehr Staat – ja fast schon Planwirtschaft, mit weniger Markt und weniger Demokratie kompensiert werden.

Es ist gerade einmal zwanzig Jahre her, da die Folgen solch einer Logik im Untergang der Zentralverwaltungswirtschaften endeten. Haben wir das so schnell vergessen?

---

<sup>1</sup> [Die Deutschen sind den Franzosen zu stark, in Die Welt vom 15.3. 2010](#)

<sup>2</sup> [Barroso macht Druck, in Die Welt vom 20.3. 2010](#)

<sup>3</sup> [EU will nationale Haushalte stärker kontrollieren, Spiegel online vom 21.3. 2010](#)

<sup>4</sup> [Sonst versinkt der Euro im Chaos, Manager Magazin online vom 21.3. 2010](#)